

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr	45
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	179/2011
		GZ:	WFB

Sitzungstermin:	24.03.2011
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Dr. Schuster
Berichterstattung:	-
Protokollführung:	Frau Gallmeister sp
Betreff:	Bürgerhaushalt Stuttgart Verfahren zur Beteiligung der Bürger an der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2012/2013

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 23.03.2011, öffentlich, Nr. 71

Ergebnis: einmütige Zustimmung mit Zusagen der Verwaltung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 10.03.2011, GRDRs 179/2011, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem vorgeschlagenen Verfahren zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2012/2013 wird zugestimmt.
2. Der Gesamtaufwand von voraussichtlich 232.000 EUR wird im Teilhaushalt der Stadtkämmerei, Amtsbereich 201112 Finanz- und Beteiligungsverwaltung bei der Kontengruppe 400 Personalaufwendungen bzw. Kontengruppe 44310 Geschäftsaufwendungen finanziert.

Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, überplanmäßige Aufwendungen in der erforderlichen Höhe zu bewilligen. Die Deckung erfolgt aus der Deckungsreserve.

3. Zur Bearbeitung der zu bewältigenden zusätzlichen Aufgaben entsteht bei der Stadtkämmerei ein zusätzlicher Personalbedarf. Die Verwaltung wird ermächtigt,

eine Absolventin bzw. einen Absolventen der Hochschule für öffentliche Verwaltung oder ggf. eine andere Vollzeitkraft der Entgeltgruppe 9 TVÖD in der Zeit vom 01.04.2011 bis 31.01.2012 außerhalb des Stellenplans zu beschäftigen.

Bevor der Vorsitzende über den Beschlussantrag mit den von der Verwaltung im Verwaltungsausschuss gemachten Zusagen abstimmen lässt, erfolgt eine Aussprache.

Unter Bezug auf die gestrige Beratung im Verwaltungsausschuss merkt StR Kanzleiter (SPD) nochmals an, dass das Thema Bürgerhaushalt ein Teil einer Konzeption sei, die Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts in direkter Weise verstärkt in Entscheidungsprozesse mit einzubinden. Dies sei kein Selbstzweck, sondern diene dazu, auch die Identität der Stuttgarter Bürgerschaft mit dem, was der Gemeinderat berät und entscheidet, zu stärken und damit auch das Gemeinschaftsgefühl in der Stadt voranzubringen. Es gehe darum, noch mehr Transparenz als bisher zu schaffen sowie die Einsicht in die Notwendigkeit von Entscheidungen zu fördern, um insoweit auch die Unterstützung, derer die Entscheidungen des Gemeinderats bedürfe, zu stärken. Die Beteiligung der Bürgerschaft sei aber auch für den Gemeinderat wichtig, um seine Entscheidungen daraufhin zu überprüfen, ob in den Vorgaben und Entscheidungen immer auch die Prioritäten, wie sie von der Bevölkerung gesehen würden, richtig beurteilt werden. Dies sei kein Ersatz für die vorhandene Bürgerbeteiligung z. B. in Sport- und Bürgervereinen, wo es in der Regel jedoch um Einzelprojekte gehe, die man voranbringen wolle.

Bei dem Verfahren bezüglich des Bürgerhaushalts, das in Stuttgart eingeführt werde, gehe es darum, das Ganze zu beurteilen und die Einsicht in das Ganze voranzubringen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es notwendig, die Information zu stärken und hierauf ziele der Antrag Nr. 119/2011 seiner Fraktion, zu dem die Verwaltung im Verwaltungsausschuss Zusagen gemacht hat (Einführungsveranstaltung, Verbesserung der Kommunikation mit den Journalisten in der Stadt, Broschüren). Mit diesen Maßgaben und den - auch im Verwaltungsausschuss - gemachten Ausführungen stimme seine Fraktion heute der Vorlage zu und freue sich auf diesen neuen Aspekt bürgerschaftlichen Engagements in Stuttgart, kündigt StR Kanzleiter an.

Seine Fraktion sehe unter der Überschrift "Bürgerhaushalt Stuttgart" im Prinzip zwei entscheidende Schwerpunkte, bemerkt StR Kotz (CDU). Das eine sei ein guter Ansatz, dass mit noch mehr Information als bisher die Bürgerinnen und Bürger über die Rahmenbedingungen und um was es beim Haushalt geht, informiert werden. Dies halte seine Fraktion für sehr wichtig, damit mehr Verständnis für die Entscheidungen des Gemeinderats bei den Bürgerinnen und Bürgern ankomme.

Den zweiten Schwerpunkt sehe seine Fraktion in einer neuen Form dessen, was der Gemeinderat in der Vergangenheit bereits getan habe, nämlich im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen in einen intensiven schriftlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen, Organisationen und Interessengruppen einzutreten und dabei die Stimmung, Wünsche und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Diesem bestehenden und guten Verfahren werde jetzt ein neuer Baustein beigefügt, indem das Verfahren auch online angeboten werde.

Dabei handle es sich sicherlich um einen Schwerpunkt des Bürgerhaushaltes und deswegen könne seine Fraktion dies auch begrüßen, weil damit einfach das Gute fortgeführt werde, aber selbstverständlich die entsprechenden Techniken der heutigen Zeit mit aufgenommen würden. Ziel müsse es sein, dass Verwaltung und Gemeinderat es gemeinsam schaffen, eine deutlich höhere Beteiligungsquote zu erreichen als die anderen Städte. Seine Fraktion sehe insbesondere der Evaluierung nach den Haushaltsplanberatungen mit Spannung entgegen, schließt StR Kotz seine Ausführungen ab.

Wie zahlreiche andere Kommunen mache sich jetzt auch Stuttgart auf den Weg zu einem Bürgerhaushalt, merkt StRin Deparnay-Grünenberg (90/GRÜNE) an. Die Bürgerinnen und Bürger würden im Juli d. J. ermuntert, ihre Vorschläge für den Haushalt 2012/2013 in diesem neuen Verfahren einzubringen. Es handle sich dabei um einen Zusatzbaustein, um Bürgerinnen und Bürger mit in die Beratungen des Gemeinderats einzubeziehen, die möglicherweise mit den bisher bestehenden Strukturen noch keinen Weg hierzu gefunden hätten.

Angesichts der zu erwartenden unterschiedlichen Vorschläge aus der Bürgerschaft sei es für die Gemeinderatsmitglieder interessant, die Bürgerwünsche dann priorisiert vorgelegt zu bekommen, so die Stadträtin. Die Entscheidungskompetenz bleibe selbstverständlich beim gewählten Gemeinderat; die Vorschläge bildeten aber ihres Erachtens eine Rückkopplung, die den Gemeinderat bei den Beratungen positiv begleiten könne. Beim Thema Bürgerhaushalt bewege man sich ihres Erachtens auf einem schmalen Grat, da man einerseits bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht die Idee wecken wolle, dass etwas völlig Neues komme und "dass der ganze Haushalt auf den Kopf gestellt werde"; andererseits dürfe das Projekt aber auch nicht "kleingeredet" werden. Das Projekt erhalte ihrer Meinung nach den Wert, den der Gemeinderat ihm zuschreibe und wenn man sich gemeinsam auf den Weg mache, dieses Instrument positiv zu bewerben, gewissen Gruppen und überhaupt den Bürgerinnen und Bürgern Stuttgarts das Instrument ans Herz zu legen, könne der Gemeinderat daraus lernen und "etwas Tolles" daraus machen.

StRin von Stein (FDP) legt dar, dass Kommunalpolitik die Basis jeder Politik ist. Wer Bürgernähe und Subsidiarität ernst nehme, müsse das Gemeinwesen von unten stärken. Selbstverwaltung bedeute Freiraum und Verantwortung für die Entscheidungen vor Ort und damit selbstverständlich auch für die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart. Zusätzlich bedeute dies auch, dass die neuen Kommunikationsformen wie soziale Netzwerke und Internet in die Kommunalpolitik einbezogen werden sollten. Die FDP im Gemeinderat unterstreiche an dieser Stelle aber, dass die Landeshauptstadt mit den bisherigen Selbstverwaltungsinstrumenten gut aufgestellt sei und das Stadtparlament die Bürgernähe somit heute schon sehr ernst nehme. Insbesondere bei Haushaltsplanberatungen seien Vereine, Institutionen, Bürgerinitiativen und Elternbeiräte aktiv und brächten ihre Wünsche und Anregungen ein. Die enge Nähe zwischen der Bevölkerung und der Politik zeige sich beispielsweise darin, dass auch die Bezirksbeiräte die Wünsche aus der Bevölkerung bzw. den verschiedenen Vereinen und Initiativen gegenüber dem Gemeinderat artikulierten und sich die Wünsche auch in den Haushaltsbeschlüssen wiederfänden.

Ihre Fraktion wolle darauf aufmerksam machen, fährt StRin von Stein fort, dass das

Einbringen von Anregungen die eine Seite der Beteiligung sei. Auf der anderen Seite müsse aber auch deutlich gemacht werden, dass nicht alle Vorschläge realisiert werden können. Man müsse sich im Klaren darüber sein, dass auch ein Bürgerhaushalt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Enttäuschungen führen werde, wenn ihr Vorschlag - aus welchen Gründen auch immer - nicht umgesetzt werden könne. Dennoch sollten nach Meinung ihrer Fraktion die Menschen in Stuttgart weiter motiviert werden, sich aktiv im stadtpolitischen Geschehen, über die Gremienarbeit hinaus, einzubringen. Mit dem Bürgerhaushalt werde ein weiteres Mittel zur direkten Bürgerbeteiligung eingeführt, welches ihre Fraktion unterstütze. Wichtig sei ihrer Fraktion, dass das Modell Bürgerhaushalt nicht verpuffe, dass genügend Werbung für das Projekt gemacht und dass die Arbeit der Bezirksbeiräte vor Ort nicht entwertet werde. Auch die Evaluation nach diesem erstmaligen Verfahren halte ihre Fraktion für außerordentlich wichtig. Die FDP-Gemeinderatsfraktion stimme dem Versuch zu und appelliere schon heute an alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter, sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen.

Namens seiner Fraktion zeigt sich StR Zeeb (FW) etwas verwundert über den Antrag zum Bürgerhaushalt, da sie bisher der Meinung gewesen sei, dass das Verfahren schon immer so gehandhabt werde. Zumindest in seiner Fraktion sei dies der Fall gewesen und man sei bisher davon ausgegangen, dass das Verfahren so oder so ähnlich bei allen Fraktionen des Gemeinderats gehandhabt werde. Aus diesem Grund finde seine Fraktion den Antrag Nr. 119/2011 "ein wenig populistisch". Seines Erachtens sollten die SPD-Gemeinderatsfraktion und die anderen Fraktionen in diesem Punkt ihre Bürgernähe vielleicht einmal hinterfragen.

Bewährtes aus anderen Städten und auch die dort gemachten negativen Erfahrungen könnten selbstverständlich geprüft werden, so StR Zeeb. Er betont, dass seine Fraktion die Verwaltung in der schwierigen Phase der Vorarbeiten zu den Haushaltsplanberatungen mit dem Bürgerhaushalt nicht in Schwierigkeiten bringen und sie mit solchen Themen nicht lahmlegen wolle, da viel Personal durch die Wünsche des Gemeinderats gebunden werde und dies dürfe jetzt nicht ins Unermessliche steigen. Man müsse aufpassen, dass durch den Bürgerhaushalt nicht Erwartungen in der Bevölkerung geweckt werden, dass alle Wünsche erfüllt werden könnten, und es nachher große Enttäuschungen gebe, wenn dies nicht der Fall sei.

Ihre Fraktionsgemeinschaft sei erfreut, dass jetzt ein Weg beschritten werde, den sie sich schon lange gewünscht und auch bereits öfter beantragt habe, erklärt StRin Küstler (SÖS und LINKE). Sie erinnert in diesem Zusammenhang an den von StR Rockenbauch und ihr vor längerer Zeit gemachten Vorschlag, nach dem Freiburger Modell ein Bürgerbeteiligungskonzept zu entwickeln, da man erkannt habe, dass sich dort alle Fraktionen des Gemeinderats auf ein Konzept einigen konnten. Der Schritt, der heute zu einem Bürgerhaushalt für die Stadt und für die Stadtdemokratie getan werde, sei ein sehr bedeutender. Auch sei es nicht so, wie seitens der CDU-Gemeinderatsfraktion ausgeführt, dass der Dialog als Baustein dafür geführt werde, dass die Bürgerinnen und Bürger den Gemeinderat besser verstehen, sondern damit die Gemeinderatsmitglieder besser verstehen, was die Bürgerinnen und Bürger der Stadt wollten.

In Bezug auf Transparenz sollte nach Meinung ihrer Fraktionsgemeinschaft ein

Verfahren geschaffen werden, wie es auch die Verwaltung vorgestellt habe, in dem die Bürgerinnen und Bürger in transparenter und nachvollziehbarer Art und Weise ihre Vorschläge einbringen können, und dass sie dann auch erfahren, wie der Gemeinderat mit den Vorschlägen umgeht, wie er sie beurteilt, ob er sie für realisierbar halte oder nicht.

Der Vorteil des Stuttgarter Modells bestehe in ihren Augen auch darin, dass zu allen Fragen, Aufgaben und Themen, die im Haushalt zur Debatte stehen könnten, ohne Beschränkung Vorschläge eingebracht werden können. Es dürfe nicht vergessen werden, dass der Gemeinderat auch bei Bürgerbeteiligungen eine soziale Verantwortung habe, da nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner in gleichem Maße die Mittel und Fähigkeit hätten, sich einzubringen. Es gebe in Stuttgart leider auch viel Armut und Menschen, die von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen seien. Ihre Fraktionsgemeinschaft sehe eine Aufgabe des Gemeinderats darin, eine Situation zu schaffen, in der diese Menschen eine Stimme hätten, und sie erwarte, dass durch diesen Prozess ein Lernprozess auf beiden Seiten stattfinde.

Die neue Qualität werde nicht sofort entstehen, sondern es müsse daran gearbeitet werden und ihre Fraktionsgemeinschaft werde sich mit Freude daran beteiligen und werde darauf achten, dass die Schwellen für die Beteiligung möglichst vieler Menschen niedrig gehalten werden, betont StRin Küstler. Dass das Internet als erster Ansatzpunkt gewählt werde, sehe sie als ein gewisses Problem, da zwar für die Jugend der Umgang mit dem Internet problemlos sei, für andere Generationen jedoch der Zugang hierzu nicht so niedrigschwellig sei. Die Ergänzung durch die Broschüre sei daher sinnvoll, die Verteilung sollte allerdings in einer größeren Stückzahl als 30.000 Exemplare erfolgen. Nach Meinung ihrer Fraktionsgemeinschaft sollte man sich in der Volkshochschule und den Stadtbibliotheken entsprechend darum bemühen; auch müsse nach der ersten vorgesehenen Veranstaltung geprüft werden, ob die Durchführung einer einzigen Einführungsveranstaltung ausreiche. Zunächst stimme ihre Fraktionsgemeinschaft aber mit Freude der Vorlage zu und hoffe, dass der Lernprozess bei allen Beteiligten gut verlaufe.

StR Dr. Schlierer (REP) führt aus, dass zum einen der Ansatz sicherlich sehr gut sei, den Bürgerinnen und Bürgern eine bessere Möglichkeit an zumindest theoretischem Einfluss auf die Haushaltsgestaltung zu geben. Richtig sei auch der Weg, der gewählt werde; seiner Meinung nach sollte aber auch darauf hingewiesen werden, dass die anspruchsvolle Bezeichnung "Bürgerhaushalt" nicht dazu führen sollte, falsche Erwartungen zu wecken. Dies gelte auch im Hinblick darauf, dass ein Bewertungsverfahren vorgesehen werden müsse, mit dem anschließend das sog. Ranking erfolge. Auch müsse man sich bewusst machen, dass möglicherweise mit der Ankündigung "Bürgerhaushalt" beim einen oder anderen tatsächlich die Vorstellung geweckt werde, dass ein mit großem Engagement erarbeiteter Vorschlag tatsächlich mit in den Haushalt eingebracht werden könne, obwohl der Weg bis dort sehr lang sei. Umso wichtiger wird nach Meinung von StR Dr. Schlierer die Öffentlichkeitsarbeit sein, wobei er annimmt, dass es weniger darauf ankommen wird, irgendwelche Veranstaltungen durchzuführen, sondern entscheidend werde sein, ob die Medien - und hier insbesondere die Printmedien - bereit seien, rechtzeitig auf dieses Verfahren hinzuweisen. Dies müsse so rechtzeitig geschehen, dass dann im Juli d. J. die entsprechenden Vorschläge gemacht werden. Daher

sollte man die Beschlussvorlage mit dem Appell an die Medienvertreter verbinden, dafür zu sorgen, dass diese Möglichkeit bekanntgemacht wird. Im Übrigen kündigt StR Dr. Schlierer seine Zustimmung zur Vorlage an.

Abschließend stellt OB Dr. Schuster fest:

Der Gemeinderat beschließt bei 5 Stimmenthaltungen einstimmig wie beantragt mit den von der Verwaltung im Verwaltungsausschuss gemachten Zusagen.

zum Seitenanfang